



Liebe Mitglieder der DVPB NW,
liebe politische Bildner:innen,
liebe Leser:innen,

wir haben die Parteien gebeten, einen Wahlbaustein zu ihren Plänen für die politische Bildung in der kommenden Legislaturperiode zu erstellen. Wir freuen uns, Ihnen/Euch diese Wahlbausteine zu präsentieren. Ein herzliches Dankeschön geht an die Verfasser:innen der Wahlbausteine.

Um Transparenz herzustellen, wird nachfolgender Text für das Anschreiben an die Parteien aufgenommen:

DVPB NW: „(A)ngesichts der vielfältigen gesellschaftlichen Umbrüche und Krisen (Klimawandel, Corona-Pandemie, Angriffskrieg in Europa, Flucht, gesellschaftliche Destabilisierungsbestrebungen etc.) wachsen die Ängste und Unsicherheiten bei vielen Menschen. Viele erwachsene Bürger:innen, aber vor allem Jugendliche und Kinder suchen nach politischer und gesellschaftlicher Orientierung. Eine zentrale Bedeutung hat hierbei die politisch-gesellschaftliche Bildung. Für mehr als die Hälfte der Schüler:innen, so eine Studie der Vodafone-Stiftung (2014), ist die Schule der wichtigste Ort, über politisch-gesellschaftliche Themen zu diskutieren.

Wir möchten Sie im Rahmen der Landtagswahl um eine Stellungnahme darüber bitten, welche Pläne Ihre Partei für die Verbesserung der Situation der politisch-gesellschaftlichen Bildung an Schulen und in der außerschulischen politischen Bildung in der nächsten Legislaturperiode hat.“

*– Der Fachverband für politische
und ökonomische Bildung!*

Der Vorstand

Oliver Krebs
(Geschäftsführer)
Prof. Dr. Bettina Zurstrassen
(Vorsitzende)

geschaeftsfuehrung@dvpb-nw.de

Postfach 100352
47003 Duisburg

Münster, 4. Mai 2022

Steuernummer:

109/5849/0584
Finanzamt Duisburg-Süd

Bankverbindung:

dvpb-nw e.v.
Stadtsparkasse Duisburg
DE29 3505 0000 0231 0013 48
DUISDE33XXX

Wahlbausteine der Parteien

Wahlbaustein politische Bildung der Partei „SPD“

Bildungspolitischer Sprecher Jochen Ott

„Demokratie braucht Demokrat:innen“

Dieses Zitat von Friedrich Ebert, dem ersten demokratisch gewählten Reichspräsidenten Deutschlands, hat nie an Gültigkeit verloren. Krieg, Pandemie, Populismus, Rechtsextremismus und die zunehmende gesellschaftliche Spaltung bedrohen unsere demokratischen Werte und den sozialen Frieden. In Zeiten großer gesellschaftlicher Herausforderungen wie dieser brauchen wir eine wehrhafte Demokratie und Demokrat:innen mehr denn je.

Die Schule ist der zentrale Ort, wo unsere Kinder und Jugendlichen lernen und demokratische Grundwerte vermittelt bekommen. Die politisch-gesellschaftliche Bildung leistet hier einen entscheidenden Beitrag: Sie vermittelt nicht nur Wissen über demokratische Prozesse und Grundprinzipien, sondern fördert vor allem auch die Partizipation, um die Demokratie für gesellschaftliche und politische Krisenzeiten zu stärken. In der Schule lernen Schüler:innen sich über gesellschaftliche Fragestellungen, Meinungen und Werte auszutauschen und kontroverse Meinungen auszuhalten. Diese Fähigkeiten braucht es für eine funktionierende Demokratie.

Umso erschreckender ist, dass die schwarz-gelbe Landesregierung unbeachtet aller Kritik das Fach Sozialwissenschaften zu einem Fach Wirtschaft-Politik geändert hat. Dies ging zu Lasten v.a. soziologischer Inhalte. Die Angebote an den Schulen werden zusätzlich dadurch geschwächt, dass die Fächer der politischen Bildung in NRW seit Langem nur sehr unzureichend mit Fachlehrkräften versorgt werden und im Vergleich mit anderen Fächern sogar das schlechteste „Fachlichkeitsniveau“ aufweisen. Das unterstreichen Studien von Prof. Dr. Reinhold Hedtke und seinem Team von der Universität Bielefeld leider seit vielen Jahren. Aus Sicht der SPD muss sich das ändern. Statt die politisch-gesellschaftliche Bildung in den Schulen immer weiter zu schwächen, muss sie im Gegenteil wieder gestärkt werden. Nur so kann es uns gelingen, unsere demokratischen Grundwerte zu verteidigen und die gesellschaftlichen Herausforderungen und Krisen unserer Zeit gemeinsam zu bewältigen.

Kinder und Jugendliche haben zudem ein Recht auf Bildung, das schließt aus unserer Sicht ein Recht auf politische Bildung mit ein. Sie werden nicht erst im Wahlalter zu Bürger:innen. Sie wollen mitbestimmen, das zeigen uns nicht zuletzt auch die vielen engagierten Schüler:innen bei den Friday for Future-Demos und anderen Initiativen. Für uns ist dabei auch klar: Bildungsinhalte dürfen nicht nach jeder Wahl erneut in Frage gestellt werden. Die Notwendigkeit, schulpolitisch endlich alle Kräfte zu bündeln und im Interesse der zukünftigen Schüler:innengenerationen ein zeitgemäßes und gleichzeitig zukunftsweisendes Bildungssystem interdisziplinär zu denken und zu etablieren, ist größer denn je. Wir setzen uns daher für eine Enquete zur Zukunft der Bildung im Sinne der von Ministerpräsident Rau 1992 ins Leben gerufenen Kommission ein. Diese Kommission wird sich mit den Bildungsinhalten des 21. Jahrhunderts und vor allem auch mit der Stärkung der Demokratie in Schule befassen.

Und noch etwas: Die große Bandbreite der Angebote der außerschulischen politischen Jugendbildung unterstützt seit Langem die schulischen Angebote. Die verschiedenen Träger greifen dabei verstärkt aktuelle gesellschaftliche, politische oder soziale Entwicklungen mit innovativen Formaten auf. Daher sind Kooperationen mit ihnen auch zukünftig sinnvoll, um gerade bildungsferne und sozial-benachteiligte Jugendliche besser zu erreichen

Wahlbaustein politische Bildung der Partei „CDU“

Schul- und bildungspolitische Sprecherin Claudia Schlottmann

Generell als Politikerin, aber auch als schulpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion liegt mir das Thema politische Bildung besonders am Herzen.

Die CDU hat sich fest vorgenommen, die politische Bildung weiterhin zu stärken.

Dafür wollen wir Angebote für Lehrkräfte in Aus- und Weiterbildung einführen. Im Rahmen dieser Weiterbildungen sollen bspw. der Umgang mit radikalen und extremistischen Haltungen sowie daraus entstehende Handlungsmustern erklärt und praktisch erprobt wird. Auch Eltern und Erziehungsberechtigte brauchen entsprechende Angebote, welche wir zukünftig etablieren wollen. Somit sollen Schülerinnen und Schüler nicht nur im schulischen Raum, sondern auch in ihrem häuslichen Umfeld für politische Bildung sensibilisiert werden. Die genauen Rahmenbedingungen dieser Aus- und Weiterbildungen müssen noch detaillierter erarbeitet werden.

Die politische Bildung der außerschulischen, gemeinwohlorientierten Träger ist im novellierten Weiterbildungsgesetz gesetzlich verankert worden, diese wollen wir finanziell stark unterstützen.

Außerdem haben wir in den vergangenen fünf Jahren den Einsatz der Landeszentrale für politische Bildung gegen Extremismus und Antisemitismus verstärkt. Diese führt u. a. Thema-Fachtagungen durch oder die Ausbildungsreihe, die sie mit der Ruhr-Universität Bochum und dem Deutschen Gewerkschaftsbund Nordrhein-Westfalen gestartet hat. Die Landeszentrale fördert das Verständnis für unsere demokratischen Abläufe und stützt damit das für den gesellschaftlichen Zusammenhalt notwendige Wertegerüst.

Ebenso wollen wir digitale Demokratiekompetenz durch Entwicklung von attraktiven Zugängen für Jugendliche stärken. Dafür wollen wir neue Veranstaltungsformate und Methoden fördern. Wir legen ein Programm mit dem Titel „Demokratie ist Haltung“ auf. Darin sollen insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene zur Teilhabe angesprochen werden.

Weiterhin wird die Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung weiter ausgebaut. Auch stärken wir die Arbeit der Antisemitismusbeauftragten weiter und fördern stärkere Kooperationen von Kultur und politischer Bildung.

Damit haben wir uns viel vorgenommen, um politische Bildung weiterhin zu fördern, denn eine Demokratie braucht politisch gebildete Bürgerinnen und Bürger.

Wahlbaustein politische Bildung der Partei „Grüne“

Sprecherin für Bildung, Petitionen und Religionspolitik Sigrid Beer

Mehr denn je gilt, dass es für eine demokratische Gesellschaft essentiell wichtig ist, unser Wertesystem, unsere Demokratie zu stärken. Angesichts der verschärften Angriffe der Gegner einer vielfältigen Gesellschaft, der Verschwörungstheoretiker, Klima- und Coronaleugner kommen dem demokratischen Diskurs, der Aufklärung und Medienkompetenz eine immer wichtigere Bedeutung zu, genauso wie der Einübung und Erfahrung von Partizipation.

Angesichts der aktuellen Kriegssituation in Europa stellen sich auch viele Fragen neu, gilt es Konfliktsituationen zu analysieren, Zusammenhänge herzustellen, Maßnahmen diskutieren und Entscheidungen hinterfragen zu können.

Die Klimakrise erfordert eine gute Kenntnis der ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Verhältnisse. Es erfordert auch, Thesen kritisch hinterfragen und Positionen im Diskurs entwickeln zu können. Die notwendigen Transformationsprozesse ängstigen Menschen. Niedrigschwellige Beteiligungsangebote und aufsuchende Formate in der politischen (Weiter-)Bildung müssen systematisch gestärkt werden.

Der politischen Bildung kommt im schulischen wie im außerschulischen Bereich hier eine zentrale Bedeutung und unaufgebbare Priorität zu.

Deshalb muss die ideologische Weichenstellung des FDP-geführten Schulministeriums korrigiert werden. Dass der Schulunterricht vom Primat der Wirtschaft geprägt wird, und, ablesbar in der Überarbeitung des Curriculums, das Schulfach so ausgestaltet wird, kann keinen Bestand haben.

Es muss genau umgedreht werden: Der gesellschaftspolitische Diskurs auf der Basis der demokratischen Grundwerte ist der Kompass und die Folie auf der analysiert, bewertet, abgewogen, entwickelt werden muss. Diesem Diskurs muss sich auch das Thema Wirtschaft stellen und eingebettet werden.

In Bezug auf die Bildung für Nachhaltige Entwicklung hat die derzeitige Landregierung in der schulischen Bildung die falschen Weichenstellungen vorgenommen. Sie wurde mehr oder weniger auf das Abstellgleis geschoben.

In der Lehramtsausbildung sollen die Sozialwissenschaften marginalisiert werden. Auch diesen Kardinalfehler werden wird korrigieren.

Wir unterstützen die Initiative „SoWi bleibt“ für Schulen und Hochschulen und werden den Fokus an Schulen noch stärker auf die Bereiche Politik, Sozialwissenschaften und Gesellschaft legen. Wir werden außerdem Schwerpunkte in den Bereichen „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“, „Antidiskriminierung“ und „Politische Bildung“ legen und die Weichen dafür stellen, dass außerschulische Bildungsangebote und -orte verstärkt genutzt werden.

In den Lehrplänen und Schulbüchern werden wir rassistuskritische Inhalte und die Aufarbeitung der deutschen und europäischen Kolonialgeschichte stärker verankern.

Demokratiezersetzenden Tendenzen erkennen und entgegenwirken

Verschwörungsmymen sind eine Gefahr für unseren demokratischen Rechtsstaat und für alle hier lebenden Menschen, insbesondere für Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten. Schon vor der Corona-Pandemie zeigten wissenschaftliche Studien, dass Menschen, die zu Verschwörungsmymen tendieren, eher dem demokratischen System misstrauen, eine höhere Gewaltbereitschaft und Gewaltakzeptanz haben sowie häufiger menschenverachtende Einstellungen wie Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Rassismus, Antiziganismus und Flüchtlingsfeindlichkeit vertreten. Deshalb sind wir der Überzeugung, dass wir ein Gesamtkonzept gegen Verschwörungsmymen brauchen:

Der Glaube an Verschwörungsmythen wird nach Ende der Pandemie nicht von allein enden. Wir wissen um die Gefahr, die von solchen Verschwörungsmythen ausgehen, insbesondere wenn sie verknüpft sind mit rassistischen und antisemitischen Narrativen. Deshalb werden wir eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe in der Landesregierung einrichten, die die Maßnahmen gegen Verschwörungsmythen der Landesregierung koordiniert und für einen Austausch unter den zuständigen Ministerien (v.a. Innen, Justiz, Bildung, Wissenschaft, Landeszentrale für politische Bildung) sorgt.

Beispielsweise in den Bereichen Polizei, Justiz, Schule und Sozialarbeit können Mitarbeiter*innen konfrontiert sein mit Personen, die an Verschwörungsmythen glauben. Sie müssen darin gestärkt werden, solche Einstellungen zu erkennen, einzuordnen und zu intervenieren.

- **Neues Beratungsangebot für Angehörige von Verschwörungsgläubigen:**
Es ist eine enorme Belastung, wenn die eigene Mutter, der beste Freund oder die Arbeitskollegin an Verschwörungsmythen glauben. Gleichzeitig sind Verwandte, Freundinnen und Freunde oft die einzigen Personen, die noch Zugänge zu den Verschwörungsgläubigen finden und damit möglicherweise auch ein Umdenken anregen können. In NRW gibt es eine gut vernetzte Beratungsstruktur im Bereich Rechtsextremismus, den Verein Sekteninfo NRW und weitere Einrichtungen, die in ihrer alltäglichen Arbeit nicht allein auf Verschwörungsmythen fokussiert sind, aber Unterstützung zu dem Thema anbieten. Da der Bedarf enorm hoch ist, was sich an den inzwischen gegründeten Selbsthilfegruppen zeigt, werden wir mit Hilfe der bestehenden Expertise ein ergänzendes Beratungsangebot aufbauen.
- **Stärkung der Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus:**
Auch ohne die pandemiebedingte Verbreitung von Verschwörungsmythen, gibt es einen erhöhten Beratungsbedarf in der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Die Fallzahl im Jahr 2020 der Mobilien Beratung hat sich im Vergleich zur Fallzahl im Jahr 2014 um 102 Prozent erhöht. Bei der Opferberatung betrug der Zuwachs im selben Zeitraum 25 Prozent. Absehbar ist, dass die enge Verzahnung von Verschwörungsmythen und rechtsextremer Ideologie die Beratungsstruktur im Bereich Rechtsextremismus langfristig beschäftigen wird. Das Themenfeld ist von einer hohen Dynamisierung und Ausdifferenzierung geprägt. Eine finanzielle Aufstockung und dauerhafte Absicherung dieser Beratungsstellen ist dringend notwendig. Dafür werden wir GRÜNE sorgen.
- **Angebote der politischen Bildung zu aktuellen Verschwörungsmythen:**
Die Entwicklungen in den vergangenen zwei Jahren machen deutlich, dass das Angebot zu Verschwörungsmythen und Desinformation ausgeweitet und neu auftretende Verschwörungsmythen stärker in den Blick genommen werden müssen. Die Angebote der Landeszentrale für politische Bildung und der Landesanstalt für Medien zu Medienkompetenz und digitaler Demokratiekompetenz, die von Faktenchecks über Schulungen bis zum Selbstcheck reichen, müssen mit Fokus auf Fake News und Verschwörungsmythen gestärkt werden. Auf Kinder und Jugendliche zugeschnittene Angebote sind auch bei diesem Thema wichtig. Die politische Bildung darf sich jedoch nicht allein auf Kinder und Jugendliche konzentrieren. Ein Schwerpunkt muss in der Erwachsenenbildung liegen, zum Beispiel mit Medienkompetenzschulungen.
- **Forschung zu Verschwörungsmythen:**
Das Phänomen Verschwörungsmythen wird erst seit der Corona-Pandemie gesellschaftlich breit diskutiert. Die Wissenschaft hat sich glücklicherweise schon vorher mit dem Phänomen auseinandergesetzt. Von diesem Wissen können wir heute profitieren. Wir GRÜNE werden die Forschung weiter ausbauen und vor allem in die praxisorientierte Forschung investieren, die uns Erkenntnisse über die Gestaltung von weiteren Gegenmaßnahmen zur Verfügung stellen kann. Zusätzlich kann eine Plattform,

auf der vorliegende Informationen gebündelt und Anlaufstellen genannt werden, hilfreich sein.

- **NRW-Monitor:**

Wir werden regelmäßig wissenschaftliche Studien über die Verbreitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in NRW sowie über aktuelle Phänomene im Bereich Rechtsextremismus auflegen. Aus diesen Analysen können Maßnahmen gegen Rechtsextremismus entwickelt werden, die auch der Verbreitung von Verschwörungsmythen entgegensteuern.

Es wird auch in diesem Zusammenhang deutlich, dass Medienbildung eine zentrale Aufgabe politischer Bildung und Demokratieförderung in allen Feldern der informellen, formalen und non-formalen Bildung ist.

Wir wollen deshalb die Medienbildung und besonders auch das Thema der Social Media strukturell verankern.

Pluralität in der demokratischen Gesellschaft, Inklusion und Diversität muss in einer Pädagogik der Vielfalt zum Thema werden. Politische Bildung muss europa- und friedenspolitische Kompetenz fördern und globale Konfliktlagen, die auch Zuwanderungsbiografien prägen, berücksichtigen.

Weiterbildung

Interfraktionell ist es uns gelungen die politische Bildung bei der Novellierung des Weiterbildungsgesetzes zu stärken. Allerdings ist die finanzielle Ausstattung unzureichend. Die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen muss als zentralen Bestandteil der Demokratiebildung deshalb besser ausgestattet werden. Wir wollen die Landeszentrale für politische Bildung beim Parlament ansiedeln und sie durch einen externen wissenschaftlichen sowie zivilgesellschaftlichen Beirat strukturell stärken.

Wahlbaustein politische Bildung der Partei „FDP“

Sprecherin für Schule Franziska Müller-Rech

Die politische Bildung von Schüler:innen liegt mir als schulpolitische Sprecherin sowie meiner gesamten Fraktion sehr am Herzen. In der politisch-gesellschaftlichen Bildung in der Schule konnten wir mit der Einführung des Fachs Wirtschaft/Politik große Schritte gehen und die Verbraucherbildung sowie ökonomische Bildung stärken.

Gleichermaßen wollen wir die außerschulische politische Bildung vorantreiben und bestmögliche Rahmenbedingungen schaffen: Auf Schulebene entwickeln Kinder und Jugendliche häufig Verantwortungsbewusstsein und Engagement. Wir erkennen es als unsere Verantwortung an, Kindern und Jugendlichen geeignete Partizipationsräume zu ermöglichen. Im vergangenen Jahr hat der Landtag die Einrichtung eines Jugendparlaments beschlossen und den Landtagspräsidenten mit der Einrichtung beauftragt, der dies noch nicht umgesetzt hat.

In Zukunft möchten wir unseren Fokus auf die Stärkung von kommunalen Kinder- und Jugendparlamenten legen und somit Orte der demokratischen Bildung schaffen. Wir wollen diesen Parlamenten beispielsweise ermöglichen, ein Mitglied in den Jugendhilfeausschuss zu entsenden, das dort über ein Vorschlags- und Beteiligungsrecht verfügt. Zudem möchten wir Jugendlichen bereits ab 16 Jahren ermöglichen, als sachkundige Bürger:innen Ausschüssen auf der kommunalen Ebene anzugehören.

Das Angebot der Landeszentrale für politische Bildung wollen wir ausbauen.

Wahlbaustein politische Bildung der Partei „Die Linke“

Stellungnahme von Carolin Butterwegge

Stellungnahme der Partei DIE LINKE Nordrhein-Westfalen zur Verbesserung der politisch-gesellschaftlichen Bildung an den Schulen und in der außerschulischen politischen Bildung für die nächste Legislaturperiode:

Grundsätzliche Bedeutung der politischen Bildung in allen Schulformen in der Sekundarstufe I

DIE LINKE. NRW setzt sich im Bereich der formalen politischen Bildung dafür ein, dass ein Fach, das in der Sekundarstufe I aller Schulformen politische Bildung heißen sollte, als Kernfach mit mindestens zwei Wochenstunden pro Jahrgangsstufe in der Stundentafel vertreten sein sollte. Fachfremder Unterricht ist nur in Ausnahmefällen und ausschließlich mit Genehmigung der Fachaufsicht zu erteilen. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung, Entdemokratisierung und weltweiten Unfriedens ist der Stellenwert politischer Bildung deutlich zu erhöhen. Die dafür notwendigen Ressourcen sind entsprechend bereitzustellen.

Politische Bildung in der Grundschule

Politische Bildung von Anfang an: Da Kindheit kein politikfreier Raum ist, besteht die Notwendigkeit, in der Grundschule im Rahmen des Sachunterrichtes im Kernlehrplan größere Anteile von fachgebundenen und problemorientierten Unterrichtssequenzen vorzusehen, die sich explizit dem politischen Lernen widmen und nicht nur soziales Lernen fördern. Die Linke schließt sich der Forderung des 16. Kinder- und Jugendberichtes an, in dem gefordert wird, dass politische Bildung im Kindes- und Jugendalter mehr Gewicht benötigt. Auch Grundschulkindern sind in auf der Grundlage vorhandener politischer Präkonzepte in der Lage, politische Phänomene und Probleme in altersgerechter Weise zu verstehen und ein produktives Verhältnis dazu zu finden. Die bisherige Unterrepräsentation einer gesellschaftlichen Perspektive im Lehrplan „Sachunterricht“ ist im Hinblick auf eine Stärkung einer politischen Ausrichtung zu verändern. Die Lehrer:innenausbildung für das Fach Sachunterricht hat sich daher verstärkt mit demokratischer Erziehung und politischer Bildung zu beschäftigen.

Inklusive politische Bildung

Da sich DIE LINKE. NRW unter Rückgriff auf einen weiten Inklusionsbegriff und das damit verbundene Recht auf gleiche gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen und damit auch für Menschen mit Handicaps einsetzt, tritt sie für gemeinsames Lernen in leistungsgemischten Gruppen und damit für eine inklusive Bildung ein. Deshalb ist es notwendig, dass Angebote der politischen Bildung einen inklusiven Anspruch haben, da politische Bildung ein Angebot für alle Staatsbürger:innen ohne Unterschied zu sein hat und bei allen die Befähigung zur Mündigkeit anzunehmen ist. Politische Bildung muss sich darum bemühen, politische Prozesse und Strukturen besonders für diese Menschen verständlich zu machen. Sie ist daher in inklusiven Lerngruppen ebenso wie in bestehenden Förderschulen zu verankern. Notwendig ist eine „aufsuchende“ politische Bildung, die sich intensiv darum bemüht, Teilhabebarrrieren abzubauen und das Recht aller jungen Menschen auf politische Bildung zu realisieren.

Wider die „Kopflastigkeit“ politischer schulischer Bildung

DIE LINKE. NRW tritt einer „Kopflastigkeit“ der politischen Bildung entschieden entgegen, da politische Bildung nicht nur ein „Projekt“ für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ist. Die fahrlässige Benachteiligung politischer Bildung in Schulformen jenseits des Gymnasiums und eine dort anzutreffende Unterregulierung ist aufzuheben, da politische Bildung nur universell verstanden werden kann. Das nach wie vor bestehende Prinzip „Wer hat, dem wird

gegeben“ bedarf der dringenden Korrektur, da politische Bildung und demokratische Erziehung ein grundlegendes Qualitätsmerkmal aller Schulformen sein müssen. Daher ist das Fach „Politische Bildung“ im Rahmen des „Lernbereichs Gesellschaftslehre“ in der Stundentafel in den nicht-gymnasialen Schulformen in der oben genannten Quantifizierung deutlich zu erweitern, sodass die Schüler:innen dieser Schulformen nicht mehr die Verlier:innen in der schulischen politischen Bildung sind. Insgesamt sind die Anteile des gesamten Lernbereichs deutlich auszuweiten. Eine Einführung eines eigenständigen Faches „Wirtschaft“ bzw. „Wirtschaft/Politik“ wie auch eine sog. „Stärkung wirtschaftlicher Anteile“ sind rückgängig zu machen wie auch eine Sonderstellung eines Faches „Wirtschaft“ im Wahlpflichtbereich an Real- und Gesamtschulen. Mit solchen Eingriffen in bewährte Strukturen geht der Anschluss an die internationale Curriculumentwicklung im Bereich der gesellschaftswissenschaftlichen Bildung verloren. Zudem macht eine Separierung von wirtschaftlichen Fragen, Problemen und Strukturen auch deshalb keinen Sinn, weil diese von gesellschaftlichen und politischen mitbestimmt sind und umgekehrt. Mit einer Auflösung der Zusammenhänge sozialwissenschaftlicher Bildung wird ein unverantwortlicher Rückschritt begangen, da damit auch der notwendige politische und soziologische Anteil des Lernbereichs marginalisiert und ein kritisches Hinterfragen des gesellschaftlichen Gewordenseins politischer und ökonomischer Grundlagen unterbunden wird.

SoWi muss bleiben! (Gymnasiale Oberstufe)

Auch in der gymnasialen Oberstufe ist für das Fach Sozialwissenschaften an einer integrativen Verschränkung der Teildisziplinen Politik, Wirtschaft und Soziologie festzuhalten und das interdisziplinäre und multiperspektivische Verständnis des Faches zu stärken, weil ein solch synoptisches Fachverständnis allein die Gewähr dafür bietet, eine annähernde Erfassung gesellschaftlicher Totalität zu ermöglichen. Mit einem monoparadigmatischen Zugriff auf einzelne Realitäts- und Problembereiche kann das nicht erreicht werden. Eine Verdeutlichung der jeweiligen Perspektiven der Einzelfächer ist im Rahmen eines integrativen Zugriffs durchaus gewünscht, um das Gemeinsame und Verschiedene in der Eigenlogik des fachbezogenen Verständnisses zu betonen. Schwerpunktbildungen im Rahmen eines Kernlehrplans Sozialwissenschaften sind nur dann möglich zu machen, wenn sie für alle drei Teildisziplinen in gleichberechtigter Weise gelten und von der Schulkonferenz beschlossen werden. An der Pflichtbelegung für zwei Grundkurse Sozialwissenschaften in der gymnasialen Oberstufe ist festzuhalten. Im Schulausschuss der Kultusministerkonferenz sollte NRW darauf drängen, dass zukünftig zwei Fächer aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld Abiturfächer sein können. Das 2007 in NRW eingeführte Zentralabitur – auch im Fach Sozialwissenschaften – ist so zu modifizieren, dass neben zentralen Aufgabenstellungen die Einzelschulen auch dezentrale Aufgabenformate einreichen können, die einen Zusammenhang mit dem Schulprofil der jeweiligen Einzelschule und ein Eingehen auf die sozialwissenschaftlich-bildenden Interessen der Schüler:innen der jeweiligen Schule ermöglichen. Eine politische Zensur von Abiturvorschlägen im Fach Sozialwissenschaften ist auszuschließen. Das Lehramtsstudium Sozialwissenschaften ist zu erhalten und nicht durch eine Lehramtszugangsverordnung für ein Fach „Wirtschaft/Politik“ zu ersetzen, weil damit zu befürchten ist, dass sich so eine Entkoppelung von der Soziologie vollzieht, eine Vernachlässigung der gesellschaftlichen Orientierungs- und Entwicklungsbedürfnisse von Studentinnen und Studenten sowie eine Entprofessionalisierung in der Ausbildung der Fachlehrer:innen eintritt.

Politische Bildung statt Kompetenzorientierung

DIE LINKE. NRW setzt sich für eine bildungstheoretische Ausrichtung und Fundierung politischer Bildung und damit für einen Rekurs auf Bildung ein. Der Kompetenzhype bzw. eine Politikkompetenz als Ziel politischer Bildung werden von ihr abgelehnt, weil damit der Anspruch von Bildung in der politischen Bildung suspendiert und der Hoffnung maßloser Mach-

barkeit gehuldigt wird. DIE LINKE. NRW kritisiert, dass Kompetenzorientierung ein Verständnis der Herstellung von Bildung und kalkulierbaren Lernergebnissen mit gleicher Qualität unterstellt, die so vorausgesagt werden sollen. Eine solche Funktionalisierung des lernenden Individuums, das sich so leichter gesellschaftlichen Formierungstendenzen unterwerfen lässt und damit eine adäquate Passung zu den Ansprüchen einer von betriebswirtschaftlicher Logik und Effizienz geprägten schulischen Außenwelt erreicht, die auf Employability, Selbstmanagement und auf eine marktgerechte Modularisierung der Betroffenen ausgelegt ist, kann nicht mit den Zielen einer auf individuelle und kollektive Mündigkeit ausgerichteten politischen Bildung vereinbart werden. Dazu kommt, dass die hohen Erwartungen, die an die Kompetenzorientierung als omnipotente Lösungsformel für alle Steuerungsprobleme der Schulpolitik seitens der Bildungspolitik gestellt wurden, nicht erfüllt wurden und die Kompetenzorientierung zu einer leeren legitimatorischen Allerweltsformel geworden ist. Deshalb fordert die Linke für alle Fächer (nicht nur für die der politischen bzw. sozialwissenschaftlichen Bildung) neue Kernlehrpläne, die inhaltlich tatsächlich die fachlichen Kerne des Faches repräsentieren und nicht zu einer Überfrachtung mit einem Potpourri von Inhalten führen, die aber vor allem die Notwendigkeit von politischer bzw. sozialwissenschaftlicher Bildung systematisch und stringent durchkomponieren und zum Ausdruck bringen und dabei durchaus einen Kontrollverlust bei der Zielerreichung bewusst akzeptieren.

Inhaltliche Ausrichtung politischer Bildung

Hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung der politischen Bildung empfiehlt die DIE LINKE. NRW sich an der „Frankfurter Erklärung für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung“ vom Juni 2015 zu orientieren. Unsere Auffassung ist, dass ohne eine kritische Zeitdiagnose, ohne Reflexion struktureller gesellschaftlicher Probleme und Widersprüche politische Bildung inhaltsleer bleibt.

Politische Bildung in der beruflichen Bildung

Da die Berufskollegs eine hohe Bedeutung für die politische Bildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben, ist es notwendig, das Potenzial politischer Bildung an den 350 Berufskollegs in NRW auszuweiten. Politische Bildung darf daher nicht durch andere Aspekte der beruflichen Ausbildung überlagert, in der Konkurrenz mit Wirtschaft und Recht an den Rand oder gar auf eine Definition zur Bewältigung der Kammerprüfungen reduziert werden. Um das zu verändern, sind mehr Fachlehrer:innen für das wichtige allgemeinbildende und berufsübergreifende Fach Politische Bildung auszubilden und an den Berufskollegs einzustellen. Aber auch die Formate der Kammerprüfungen sind so zu revidieren, dass sie dem politischen Bildungsauftrag durch eine angemessene Komplexität und Problemorientierung gerecht werden. Um der Marginalisierung und Instrumentalisierung politischer Bildung an Berufskollegs entgegenzutreten, tritt die DIE LINKE. NRW zudem für eine Weiterentwicklung der politischen Bildung im Rahmen ihrer Integration in die Lernfelddidaktik ein, weil berufliches und politisches Lernen in einem Zusammenhang stehen. Eine gestärkte politische Bildung im Rahmen beruflicher Bildung fördert in dieser Einbindung u.a. auch die reflexive Auseinandersetzung mit den Strukturen und Mechanismen der Arbeitswelt in dieser Gesellschaft. Der allgemeinbildende Charakter politischer Bildung ist aber auch in der Hinsicht zu stärken, dass die Selbstwirksamkeitskonzepte der Schüler:innen gestärkt werden, um sie zu befähigen, ihre Interessen wahrzunehmen und sie politisch zu artikulieren, was nur möglich ist, wenn auch der politischen Reflexion und Urteilsbildung im Unterricht eine zentrale Relevanz eingeräumt wird. Darüber hinaus sind auch die innerschulischen Beteiligungsformate für die Schüler:innen der Berufskollegs im Sinne ernsthafter Partizipation für die Besonderheit dieser Schulform zu entwickeln.

Politische Bildung und demokratische Erziehung als Querschnittsaufgabe aller Schulen.

Wie unter Punkt VI. 3.6 im Landtagswahlprogramm 2022 der LINKEN NRW verdeutlicht, wird politische Bildung und demokratische Erziehung als Querschnittsaufgabe aller Schulen

über die Fächer hinaus gefordert, um unter Analyse der widerständigen schulischen Bedingungen Schulen zu demokratischen Erfahrungsräumen umzugestalten. Dazu sind die Inhalte, Formen und Instrumente politischer Bildung und demokratischer Erziehung im Rahmen einer demokratisch-partizipativen Schul- und Unterrichtsentwicklung auf den unterschiedlichen organisationspädagogischen Handlungsebenen der jeweiligen Schulen entsprechend zu implementieren und zu operationalisieren. Um dies in systematischer und kohärenter Weise in handlungsleitender Perspektive zu realisieren, ist eine Verankerung in einem Schulentwicklungsprogramm vorzusehen und regelmäßig zu evaluieren. Schulen sind so zu demokratischen Erfahrungsräumen umzugestalten. Eine solche Konzeption einer politischen Bildung und demokratischen Erziehung als Schulprinzip ist auch in die Lehrkräftebildung als Förderung einer demokratischen Schul- und Unterrichtskultur aufzunehmen.

Politische Bildung an Volkshochschulen

§3 des Weiterbildungsgesetzes des Landes NRW in der Fassung vom 22. 4. 2022 betont, dass es u.a. die Aufgabe der Weiterbildung ist, „Fähigkeiten zur Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens“ zu fördern. Um diesen Anspruch tatsächlich umzusetzen, fordert die Partei „Die Linke“, dass politische Bildung als Aufgabe der Weiterbildung in öffentlicher Verantwortung in den Angeboten der Volkshochschulen in kommunaler Trägerschaft deutlich erweitert wird. Zumindest ist eine Grundversorgung mit politischer Bildung an den Volkshochschulen zu gewährleisten und zu einem genuinen Arbeitsgebiet an diesen Einrichtungen der Erwachsenenbildung auszubauen. Politische Bildung in diesem Bereich ist verstärkt aufgerufen, sich der multiplen Krisen der liberal-repräsentativen Demokratie und ihrer gesellschaftlichen Grundlagen analytisch anzunehmen und durch Aufklärung im Rückgriff auf Vernunft, Kritikfähigkeit und politische Urteilsbildung einen belastbaren demokratischen Habitus zu entwickeln, der sich dabei aber nicht auf eine „Feuerwehrfunktion“ politischer Bildung reduziert. DIE LINKE. NRW unterstützt eine emanzipativ-kritische Konzeption politischer Erwachsenenbildung auf der Grundlage des „Manifestes zur kritischen Erwachsenenbildung“, das zur Entfaltung der kritischen Potenziale aller und der Entwicklung einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft beitragen und einen Gegenpol zu einem funktionalistisch verengten Lernen ebenso wie zu populistischen und national-autoritären Ideologien darstellen soll. Politische Bildung in der Erwachsenenbildung will das Emanzipatorische, das Politische und das Kontroverse ins Zentrum rücken. Daher tritt sie gegen alle Formen ihrer Entleerung und Verdrängung an, die auf die Analyse von Macht, Herrschaft und Interessen verzichten. Eine solche Aufgabe kann erfolgreich aber nicht mit engen betriebswirtschaftlichen Kalkülen bewältigt werden, sondern muss weiterhin mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden, zumal sich die Aufklärungs- und andragogische Ermutigungstätigkeit sich an alle und nicht an einen exklusiven Adressatenkreis zu richten hat.